

# Die Gemeindebürgerliste

# GBL

Absolute Unabhängigkeit - keine Parteinähe  
Nur den Gemeindepflegern verpflichtet

**Liebe Mitbürger!**

**Schulbauwahnsinn**

ERDGA  
S  
FÜR  
- - - - -

Die Vertreter der Einheitspartei haben in der Gemeinderatssitzung vom 18.2.2004 mehrheitlich den sinnlosen Autobahnschulbau **beschlossen**. Dies obwohl GR Burda in einem zweieinhalbständigem Vortrag die Widersprüche aufgezeigt und Angebote dargelegt hatte:

- 1) Es ist möglich Klassenräume im Gemeindeamt (fertiger und verwendungsfähiger Klassenraum vorhanden) und im Feuerwehrhaus Grub (Veranstaltungssaal) zu schaffen. Außerdem gibt es das Angebot des Bürgermeisters von Heiligenkreuz zur Aufnahme von Kindern.
- 2) Sämtliche Statistiken und Prognosen weisen sinkende Geburts- und Schülerzahlen aus.
- 3) Das Amt der NÖ Landesregierung verlangt ausdrücklich: *Vor Inangriffnahme des Vorhabens (Schulneubau) sind daher von der Gemeinde folgende Maßnahmen zu setzen, um eine Aufrechterhaltung des Haushaltshaushalts weiterhin zu gewährleisten: Durchführung einer Wirtschaftlichkeitsberechnung, in welcher die Kosten des Zu- und Umbaues des bestehenden Gebäudes, der Neuerrichtung der Volksschule und dem Kommunikationszentrum mit sämtlichen Folgekosten gegenüberzustellen sind. Sollte das Vorhaben schlussendlich doch in Angriff genommen werden, müssen die übrigen Projekte zurückgestellt werden. Sämtliche Einnahmen aus Abgaben, Steuern und Gebühren sind im höchstzulässigen Ausmaß einzuheben.*

Nachstehende **dringliche Anträge** zur **Verhinderung dieser Wahnsinnsverschuldung** unserer Gemeinde durch **unfähige Mandatare** wurden von uns eingebracht und wie nicht anders zu erwarten ohne Begründung abgelehnt:

**Reservierung von bis zu 14 erste Klasseplätze in der Volksschule Heiligenkreuz für das Schuljahr 2004 - 2005**

**Begründung:** Der Bürgermeister der Gemeinde Heiligenkreuz hat sich bereit erklärt für einen Kostenbeitrag in der Höhe von **€ 800,-- pro Kind und Jahr**, bis zu 14 Kinder aufzunehmen. Dies in die erste Klasse. Auch in den anderen Klassen sind viele Plätze frei und könnten besetzt werden. Damit sind die angeblichen Kapazitätsgründe in der Schule Sittendorf behoben und der Neubau einer Volksschule obsolet geworden. Die Kosten in der Schule Sittendorf haben im Jahr 2002 **pro Kind € 797,--** betragen. In der geplanten neuen Schule ist mit einer massiven Steigerung dieser Kosten zu rechnen.

Der Bürgermeister von Heiligenkreuz schreibt in einer seiner Aussendungen: *In unserer Gemeinde hat es in den letzten 10 Jahren kaum einen Bevölkerungszuwachs gegeben, da wir kein neues Bauland gewidmet haben. Damit haben wir den Vorgaben des Landes entsprochen, um den Wienerwald zu erhalten. Die Anzahl der Schüler hat sich deshalb auch nicht vermehrt.*

Den Weg der massiven Umwidmungen auf Bauland will unsere Gemeindeführung gehen.  
Die neue Schule ist für **240** Kinder ausgelegt. Derzeit haben wir **102** Schüler.  
Wir hören schon die Argumente - wir müssen unsere Schule **vollkriegen**.

**Die GBL gibt die Garantieerklärung ab: Wenn wir bei der nächsten Gemeinderatswahl entsprechend gestärkt werden, wird es keine Umwidmungen in Bauland für Zuzug geben.**

Durch die fortlaufend sinkenden Geburts- und Schülerzahlen droht in Heiligenkreuz die Zusammenlegung von Klassen. Der Bürgermeister von Heiligenkreuz hat uns daher dieses sehr **günstige** Angebot (siehe oben) gemacht. Und was sagte unser Vizebaron Münchhausen: Wir müssten unsere Kinder in Behältern unterbringen oder in anderen Orten **€ 2000,-- pro Kind und Jahr** zahlen.

## Durchführung einer Volksbefragung nach § 63 der NÖ Gemeindeordnung 1973 über den Volksschulneubau Sittendorf und die Verlegung des Fußballplatzes.

### Das Ergebnis der Volksbefragung ist einem Gemeinderatsbeschuß gleichzuhalten.

**Begründung:** Die bestehende Gemeindeführung wird ihre Tätigkeit mit großer Wahrscheinlichkeit im März 2005 beenden. Ein Schulneubau wird die Bürger dieser Gemeinde aber über 30 Jahre massiv belasten und keine Geldmittel für andere Notwendigkeiten übrig lassen. Die Gemeindeglieder sollen also wie in der Gemeindeordnung vorgesehen befragt werden, ob diese Projekte zur Durchführung gelangen sollen. Das Ergebnis ist bindend.

Ein feines Beispiel vom Demokratieverständnis der **Mächtigen** und der **Kriecher**. Sie fürchten die Entscheidung der Bürger. Es könnten ja die eigenen Pfründe in Verlust geraten.

### Lärmessungen neben der Autobahnbrücke Sittendorf im Hinblick auf den geplanten Schulbau und die Schaffung von Bauland

**Begründung:** Der Verkehr auf der Aussenringautobahn nimmt lawinenartig zu. Vor allem der Schwerverkehr aus dem ehemaligen Ostblock macht bereits 50 % des Gesamtverkehrs aus. Mit der Osterweiterung ist eine weitere Steigerung sicher. Eine entsprechende Lärmbelastungsmessung hat stattzufinden um den Istzustand festzustellen und vor allem eine Hochrechnung durchführen zu können, welche Belastungen auf die Bürger Sittendorfs und die Volksschulkinder zukommen wird. Nach Vorliegen dieser Lärmessung sind geeignete Maßnahmen zu ergreifen um die Lärmbelastungen in den Griff zu bekommen. Die Möglichkeiten hierzu sind Lärmschutzwände, eine Geschwindigkeitsreduzierung und eine Dämmung des Schallkörpers der Autobahnbrücke.

Von der Einheitspartei **abgelehnt**.

Wo kommen wir denn da hin, wenn wir dem Bürgerverlangen nachgeben.

### Prüfung des Grundstückes Kreuzhaus für einen möglichen Schulneubau (Verlangen der NÖ Landesregierung) unter Berücksichtigung des alten vorhandenen Entwurfs

**Begründung:** Ein 4-klassiger Schulneubau auf dem gegebenen Grundstück Kreuzhaus ist möglich. Es gibt sogar eine Planung für den Zubau eines Veranstaltungssaales. Dieser Entwurf und das Schreiben der NÖ Landesregierung Gebahrungsprüfung welches einen Vergleich mit Errichtungskosten und Betriebskosten ausdrücklich verlangt, wird zum Inhalt der Begründung erhoben und verlesen.

Siehe - Bürgermeister als Lügner?

### **Untreue und Begünstigung ?**

Für die Unterstützung bei der Ausschreibung des Schulbaus wurde **ohne** Ausschreibung und **ohne** die Einholung von Vergleichsangeboten der Auftrag an eine Rechtsanwaltskanzlei in Mödling vergeben.

Kosten von **€ 27.000,-- = S 371.528,10** werden den Bürgern aufgehalst.

Dies **ohne** irgendeine **Haftungsübernahme** bei Fehlern und **ohne** bindende **Verpflichtungen**.

GR Burda hat die Mandatare darauf hingewiesen, dass bei einer Vergabe unter den obigen Voraussetzungen die **strafrechtlichen Tatbestände der Untreue** (gegenüber den Bürgern) und der **Begünstigung** gesetzt werden.

Trotzdem wurde der Beschuß gefasst. Für eine Leistung, deren Unterlagen ohne irgendeinen Aufwand aus dem Internet abzurufen sind, Für eine Leistung, für die doch angeblich in den Reihen der SPÖ Wienerwald ein absolut hervorragender Baufachmann sitzt. Für eine Leistung, die schon einmal für den Bau der Jungfamilien- und Seniorenwohnungen erbracht wurde. Für eine Leistung, die auch von den jeweiligen Gemeindevorvertreterverbänden zu erhalten ist.

### **Fragen über Fragen**

Es muss in aller gebotener Deutlichkeit nachgefragt werden, warum einzelne schwarze und rote Gemeindepolitiker die Autobahnschule und die Verlegung des Fußballplatzes mit nahezu allen Mitteln und falschen Argumenten durchsetzen wollen.

Sind hier große **persönliche Vorteile** im Spiel, oder ist es vielleicht ein übersteigertes Profilierungsverlangen?

Wir werden ein genaues Auge auf **mögliche Vermögenszuwächse** und **Freundesdienste** werfen und die Bürger unserer Gemeinde darüber informieren.

## Bürgermeister als Lügner ?

Bürgermeister Krischke hat in der Gemeinderatssitzung vom September 2003 dem Gemeinderat auf Anfrage der GBL mitgeteilt, dass eine Prüfung des Kreuzhausgrundes in Sulz im Hinblick auf einen 4-klassigen Schulneubau durch zwei Architekten durchgeführt wurde.

Leider alles nicht wahr. Einer der angeblich beauftragten Architekten **weiß von nichts** und vom anderen Architekten liegt **kein** Bericht vor (übrigens derselbe Architekt der auch den Sittendorfer Schulbau plant und durchführt - wie heißt es so schön - den Bock zum Gärtner machen, oder ?).

Der Bürgermeister wurde von GR Burda **vor** Abstimmung über das Protokoll gefragt, ob er dies so gesagt habe ? Es wurde von ihm **bestätigt**.

Damit ist es Faktum - der Gemeinderat wurde **belogen**.

## Weitere dringliche Anträge der GBL

### Zahlung eines jährlichen Beitrages der Gemeinde an die Seniorenguppe Wienerwald und Kaltenleutgeben (für Pensionisten aus unserer Gemeinde) von €35,-- pro Mitglied.

*Unsere Begründung dafür:* Die Seniorenguppe Wienerwald hat derzeit einen Mitgliederstand von 184 Menschen, Kaltenleutgeben von 38 Menschen. Die **Gesamtjahreskosten** für diesen Beitrag der Gemeinde betragen **€ 7770,--**. Wirklich nicht zuviel für Menschen die ihr ganzes Leben für eine ordentliche Altersversorgung gearbeitet haben und jetzt durch die schwarz - blaue Bundesregierung reale Pensionskürzungen und einen Nichtausgleich der Inflationsrate hinnehmen müssen. Die Gemeinde hat die Pflicht hier einzuspringen. Es ist menschenunwürdig und untragbar von unseren Pensionisten regelmässige **Bittgänge** wegen Subventionszahlungen zu verlangen. Beachtung zu finden haben auch viele vollkommen **unnötige Geldausgaben** in unserer Gemeinde (Weihnachtsbeleuchtung, Rechtsanwaltshonorare, Vergaben ohne Ausschreibung Spielplatzeinrichtungen ohne Beschlüsse, etc.) Bei Vermeidung dieser Vorgangsweise in Zukunft ist die Finanzierung des Beitrages für die Pensionisten locker gesichert.

Daß die Mandatare der ÖVP reflexartig gegen alle Anträge der GBL stimmen - damit haben wir gerechnet.

Aber das Verhalten der SPÖ, die sich immer als die einzige und große Vertreterin der Pensionisten aufspielt, war schlichtweg **beschämend** und **unfassbar**.

Bis auf eine aufrechte Minderheit haben diese **feinen Mandatare** unsere Anträge abgeschmettert.

### Sofortige Ausschreibungen der Tätigkeiten von Ing. Ellinger

Begründung: Von der Gemeindeführung wurden Planungs- und Prüfungsaufträge ohne Ausschreibung bzw. Einholung von Angeboten anderer Zivilingenieure an Ing. Ellinger vergeben. Dies stellt den Tatbestand der Untreue und Begünstigung dar. Der Gemeinderat hat diese ungesetzliche Vorgangsweise abzustellen.

So kann es wohl nicht laufen.

Der neubestellte **Vizeobmann der ÖVP Wienerwald** bekommt Aufträge ohne jede Ausschreibung und ohne Einholung von Gegenofferten.

## Weitere Freunderlwirtschaft

Die Tischlerei Hacker bekommt den Auftrag für ein Holzgeländer in Sittendorf (Erlengasse) und Grub (Bachgasse) obwohl **nicht Billigstbieter**. Angebotssumme Fa. Hacker **€ 3952,80**, Angebotssumme Fa. Kroneis **€3672,--**,

die Differenzsumme **€280.80 oder S 3.863,90**.

Zwar kein großer Betrag, aber hier geht's ums Prinzip. Mit dieser Freunderlwirtschaft auf Kosten der Gemeindebürger muß Schluß sein. Es stellt sich auch die Frage, ob der Gemeindevorstand zu beschränkt war zu erkennen, dass ein Angebot **incl. Mwst.** war und das andere Angebot **excl. Mwst.**

Die GBL wird bei entsprechender Stärkung (Gemeinderatswahl 2005) durch Sie, liebe Mitbürger, **garantieren**, dass Derartiges nicht mehr vorkommen wird.

## Dokument der totalen Hilflosigkeit

Am 14.10.2003 richtete die Gemeindeführung ein **flehentliches** Schreiben mit **Hilfeersuchen** an Frau Landeshauptmannstellvertreter Liese Prokop wegen der gehäuften Beschwerdeaktivitäten (Dienstaufsichtbeschwerden) und der vielen Dringlichkeitsanträge des Vorsitzenden der Gemeindebürgerliste, GR Herbert Burda.

Am 26. November 2003 kam die Antwort, in Auszügen wiedergegeben:

### 1. Aufsichtsbeschwerden von GR Herbert Burda an die BH Mödling:

Nach diversen Rechtsbelehrungen geht es zur Sache:

*Demnach kann der Aufsichtsbeschwerdeführer nicht in seinen Rechten verletzt werden, wenn die Aufsichtsbehörde zu seinem Beschwerdevorbringen nicht Stellung nimmt. Die Aufsichtsbehörde dürfte ihm eine Sachentscheidung verweigern. Der Aufsichtsbeschwerdeführer besitzt keine Parteienstellung und hat kein Recht auf Akteneinsicht. Er ist auch nicht zur Erhebung einer Säumnisbeschwerde legitimiert.*

Aber jetzt kommts:

*Allerdings ist ein solches Vorgehen mit dem Grundsatz eines Bürgerservice bzw. eines „kundenorientierten“ Behördenverhaltens **nicht vereinbar**.*

Und es ergeht die „Empfehlung“:

*Es wird der Gemeinde daher empfohlen, mit der Bezirkshauptmannschaft Mödling abzuklären, inwieweit in bestimmten Fällen auf Eingaben des Beschwerdeführers eingegangen werden muss. Dabei könnte, bei entsprechender sachlicher Rechtfertigung, in Erwägung gezogen werden, dem Beschwerdeführer die Ausübung des Aufsichtsrechts zu verweigern.*

Die Frau LHstv. hat allerdings etwas ganz Wesentliches vergessen. Die Empfehlung an die Gemeindeführung **korrekt, verantwortungsvoll, sparsam** und **ordentlich** zu arbeiten. Dann ergibt sich nämlich **keine Notwendigkeit** für Aufsichtsbeschwerden.

### 2. Dringlichkeitsanträge von GR Herbert Burda im Gemeinderat:

*Alle im Rechtshilfeansuchen in Kopie vorgelegten „Dringlichkeitsanträge“ des Herrn GR Herbert Burda enthalten konkrete inhaltliche Beschlussanträge an den Gemeinderat. Es fehlt allerdings der primäre Antrag, einen bestimmten Gegenstand nachträglich in die Tagesordnung einer Gemeinderatssitzung aufzunehmen.*

Diesen formaljuristischen Mangel habe wir bereits abgestellt. Was nichts daran ändert, dass die Einheitspartei nahezu sämtliche Dringlichkeitsanträge ablehnt -  
siehe den Anfang dieser Aussendung.

### Immer bei den Gerichten, wie arm

Und schon wieder hat „Vizebürgermeister“ Bernhard seine wertvolle Zeit, die er ja sonst rastlos für die Bürger aufwendet, bei Gericht verbringen müssen.

Fast 3 Stunden ist er am Gang gesessen und hat gewartet.

Auf was eigentlich?

Er war weder Beklagter, noch Zeuge und hat auch keine entsprechende Ladung gehabt!

Aber wenn es gegen eine **schlagkräftige Opposition** geht, ist es schon möglich,  
dass **Einiges durcheinanderkommt**.

Klare Gedanken werden vielleicht erst bei der Regenierung **nach der Abwahl** möglich sein.

# Mit voller Kraft weiterarbeiten

Ihre Gemeindebürgerliste